

6. Nachtrag

zum städtebaulichen Vertrag vom 12. Juli 1995 über die Erschließung des ehemaligen NATO-Flugplatzes Bitburg in der Fassung des 1. Nachtragsvertrages vom 08. Juli 2004, des 2. Nachtragsvertrages vom 06. Januar 2011, des 3. Nachtrages vom 30. Januar 2014, des 4. Nachtrages vom 08.04.2016 und des 5. Nachtrages vom .

Zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, vertreten durch Herrn Claus Niebelschütz, Hauptstellenleiter Verkauf, Direktion Koblenz

- nachstehend „BlmA“ genannt -

und

dem Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, dieses vertreten durch Herrn Minister Dr. Volker Wissing

- nachstehend „Land“ genannt -

und

dem Zweckverband Flugplatz Bitburg, vertreten durch den Verbandsvorsteher Herrn Landrat Dr. Joachim Streit

nachstehend „Zweckverband“ genannt -

wird im Rahmen der Konversionsmaßnahme Flugplatz Bitburg folgender 6. Nachtrag zum städtebaulichen Vertrag vom 12. Juli 1995 geschlossen:

Präambel

Die wesentliche Grundlage für die Zusammenarbeit der am Konversionsprojekt Flugplatz Bitburg beteiligten Akteure ist:

- der städtebauliche Vertrag vom 12. Juli 1995 über die Erschließung des ehemaligen NATO-Flugplatzes Bitburg,
- der 1. Nachtragsvertrag vom 08. Juli 2004,
- der 2. Nachtragsvertrag vom 06. Januar 2011.
- der 3. Nachtragsvertrag vom 30. Januar 2014
- der 4. Nachtragsvertrag vom 08. April 2016

➤ der 5. Nachtragsvertrag vom

Dem 1. Nachtragsvertrag vom 08. Juli 2004 lag als Nutzungskonzept für die Konversionsliegenschaft der fortgeschriebene städtebauliche Rahmenplan für den Flugplatz Bitburg (Masterplan III) zugrunde. Die Planung geht davon aus, dass die gesamte Flugbetriebsfläche (ehemalige NATO-Reservefläche) sowie die Flächen im Shelterbereich B und C flugbetrieblich bzw. luftverkehrsbezogen genutzt werden.

Auf der Grundlage des gegenüber dem städtebaulichen Vertrag vom 12. Juli 1995 erweiterten Nutzungskonzeptes für die Liegenschaft und der sich daraus voraussichtlich ergebenden Anforderungen an die Infrastruktur wurden die erforderlichen Erschließungskosten im 1. Nachtragsvertrag von seinerzeit 18,8 Mio. auf 28,0 Mio. € erhöht. Der Zweckverband hat in Abstimmung mit der BImA und den beteiligten Landesbehörden die Erschließung des Konversionsareals nach dem Jahre 2004 bedarfsorientiert weitergeführt. Die größten Projekte stellten dabei die Erschließung des ehemaligen Treibstofflagers (POL-Bereich) als Gewerbe- und Industriefläche sowie der Ausbau und die Verlängerung der Heinrich-Hertz-Straße in den Shelterbereich C dar.

Für die weitere Ausrichtung des Konversionsprojektes und die Anforderungen im Infrastrukturbereich waren zunächst die Planungen zur luftverkehrlichen Nutzung des Flugplatzes Bitburg von wesentlicher Bedeutung. Im Jahr 2008 wurde der mehrheitlich kommunal getragenen Flugplatz Bitburg GmbH die luftverkehrsrechtliche Genehmigung zur Nutzung des Flugplatzes für Flüge nach Instrumentenflugregeln erteilt. Auf dieser Grundlage wurden eine Privatisierung der Betreibergesellschaft und die zielgerichtete Vermarktung der noch im Eigentum der BImA befindlichen Grundstücksflächen angestrebt. Konkrete Verhandlungen mit einer privaten Entwicklergruppe zur Übernahme und zur Nutzung der Infrastruktur für den Luftverkehr wurden geführt. Die Verhandlungen hinsichtlich der fliegerischen Entwicklungen sind Ende April 2012 gescheitert.

Die zur fliegerischen Entwicklung vorgesehenen Grundstücksflächen der Shelterbereiche B und C sollten im Sinne einer gewerblichen Nutzung weiterentwickelt und erschlossen werden.

Die Vertragsdauer des 3. Nachtragsvertrages vom 30. Januar 2014 war bis zum 31. Dezember 2015 befristet (§ 3 des Vertrages). Der Vertrag kann gem. § 3 im gegenseitigen Einvernehmen verlängert werden, wenn die vereinbarten Maßnahmen bis zum Fristende noch nicht vollständig umgesetzt sind. Durch den 4. Nachtragsvertrag vom 08. April 2016 wurde die Geltungsdauer des 3. Nachtragsvertrages bis zum 31. Dezember 2018 verlängert.

Angesichts des Standes der Umsetzung der Infrastrukturinvestitionen und der Verzögerung der Vermarktung aufgrund der Altlastenproblematik (PFC) besteht zwischen den Vertragsparteien Einvernehmen, § 1 des 4. Nachtrages vom 08. April 2016 dergestalt zu ändern, dass sich die Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2020 verlängert. Dies erfolgte durch den 5. Nachtragsvertrag vom

Der Verkehrslandeplatz Bitburg soll zu einem Sonderlandeplatz herabgestuft werden. Die beantragte Genehmigung beinhaltet eine Verkürzung der Start- und Landebahn auf eine Länge von 1,2 km, so dass Flächen westlich des Towers künftig nicht mehr fliegerisch genutzt werden. Diese Flächen mit einer Größe von ca. 100 Hektar stellen eine der größten zusammenhängenden Flächen für Gewerbe- und Industrieansiedlungen in Rheinland-Pfalz dar und sollen jetzt im Sinne einer gewerblichen Nutzung weiterentwickelt und erschlossen werden.

Der städtebauliche Vertrag vom 12. Juli 1995 über die Erschließung des ehemaligen NATO-Flugplatzes Bitburg mit den fünf Nachtragsverträgen wird wie folgt ergänzt:

§1 Vertragsgebiet

Die bislang für die fliegerische Nutzung vorgehaltenen Grundstücksflächen westlich des Towers werden für eine gewerbliche / industrielle Nutzung beplant und hergerichtet. Das Vertragsgebiet des 6. Nachtragsvertrages ergibt sich aus dem als **Anlage 1** beigefügten Erschließungsvorschlag.

§ 2 Erschließungskosten

Für die Erschließung des Vertragsgebietes gemäß § 1 dieses Vertrages fallen voraussichtlich folgende Kosten an:

Straßenbau	800.000,00 €
Wasserversorgung	200.000,00 €
Abwasserbeseitigung	300.000,00 €
Grünplanung/Landespflege	<u>2.500.000,00 €</u>
	3.800.000,00 €

Die geplanten Ansiedlungen im Shelterbereich B erfordern nicht den ursprünglich geplanten Bau von zwei Stichstraßen mit Wendehämmern, so dass hier Kosten eingespart werden konnten (**Anlage 2**).

Die Vertragsparteien halten für die Entwicklung und Erschließung der hinzugekommenen Vertragsfläche einen Höchstbetrag, abzüglich der eingesparten Kosten, in Höhe von 1 Mio. € zusätzlich für erforderlich. Danach erhöht sich der für die vorgesehene Erschließung erforderliche Höchstbetrag von 33,6 Mio. € auf 34,6 Mio. €.

Die BlmA trägt die mit der Planung und dem Bau von neuen Erschließungsanlagen sowie die mit der Sanierung und technischen Anpassung der vorhandenen Anlagen verbundenen Kosten zu einem

Anteil von 50 %. Die Beteiligung des Bundes erhöht sich damit um 500.000 € und ist auf den Betrag von 17,3 Mio. € begrenzt.

Die über den Kostenanteil der BlmA hinausgehenden Erschließungskosten sind vom Zweckverband zu tragen. Das Land übernimmt den Kostenanteil des Zweckverbandes wie folgt:

- in Höhe von 90 % bis zu einem Kostenbeitrag von 9.382.206,00 €, d.h. bis zu 8.443.985,00 € aus dem städtebaulichen Vertrag vom 12. Juli 1995 sowie
- in Höhe von 80 % bis zu einem Kostenbetrag von 4.617.794,00 €, d.h. bis zu 3.694.235,00 € aus dem 1. Nachtragsvertrag sowie
- in Höhe von 80 % bis zu einem Kostenbetrag von 2.800.000,00 €, d.h. bis zu 2.240.000,00 € aus dem 3. Nachtragsvertrag.
- in Höhe von 80 % bis zu einem Kostenbetrag von 500.000,00 €, d.h. bis zu 400.000,00 € aus dem 6. Nachtragsvertrag. Die Kostenbeteiligung des Landes beläuft sich somit auf insgesamt bis zu 14.778.220,00 €.

Grundlage für diese neue Kostenvereinbarung ist eine Kostenschätzung des Zweckverbandes unter Berücksichtigung der bisherigen Kostenentwicklung für bereits durchgeführte Erschließungsmaßnahmen.

§ 3

Vertragsdauer

Für die Erschließung der Vertragsflächen gehen die Vertragsparteien von einem Zeitraum von drei Jahren aus. Demzufolge wird dieser Vertrag bis zum 31. Dezember 2022 befristet. Sollten die vereinbarten Maßnahmen bis dahin nicht vollständig durchgeführt sein, kann er im gegenseitigen Einvernehmen verlängert werden.

§ 4

Wirksamwerden

Dieser 6. Nachtrag zum städtebaulichen Vertrag vom 12. Juli 1995 tritt rückwirkend am 01. Januar 2020 in Kraft.

Koblenz, den

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Claus Niebelschütz
Hauptstellenleiter Verkauf

Bitburg, den

Zweckverband Flugplatz Bitburg

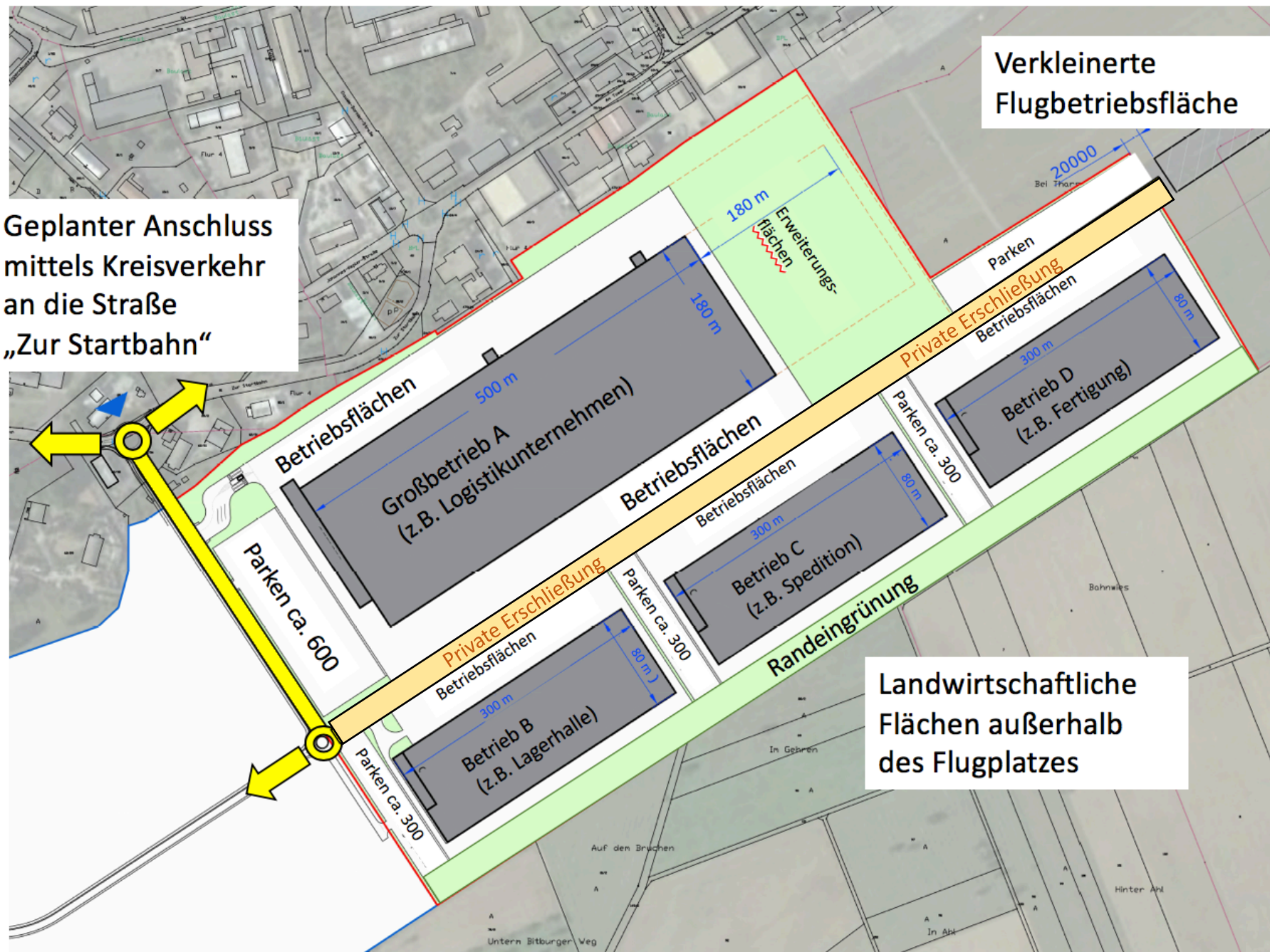
Dr. Joachim Streit
Verbandsvorsteher

Mainz, den

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau

Dr. Volker Wissing
Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau

Geplanter Anschluss
mittels Kreisverkehr
an die Straße
„Zur Startbahn“



Erschließungskosten B-Bereich

Gesamtkosten lt. Vertrag 5.594.000,00

Bewilligung 5.590.000,00
verausgabt/abgerufen 2.003.994,74
gebunden Terrassierung/Grünplanung 650.000,00

Restmittel aus bisheriger Bewilligung **2.936.005,26**

Schätzung östl. C-Bereich
2. Abschnitt für 3. Nachtrag 2.295.000,00

aus bisherigem Vertrag inkl. C-Bereich **5.231.005,26**